

Die Linke

Fraktion im
Thüringer Landtag

Positives Resümee von der Thüringen Ausstellung in Erfurt

Die Thüringen Ausstellung in Erfurt zog in diesem Jahr wieder zahlreiche Besucher:innen an. Gute Gespräche und konstruktive Fragen kamen auch beim Stand der Fraktion zustande.

Gerechtigkeit
ist unser Maßstab.

05-2024

3 Das Ziel ist der Friede:
Gemeinsame Erklärung
zum 24. Februar 2024

6 Sozialer Zusammenhalt
und Armutsprävention:
Fraktion setzt Fokus

10 Grüne Gentechnik:
Im alten wie im neuen
Gewand keine Lösung

Die Linke Fraktion online



#wirfahren
zusammen

Die Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag steht solidarisch an der Seite der Beschäftigten des ÖPNV. „Nahverkehr ist für viele die Verbindung zur sozialen und gesellschaftlichen Teilhabe“, erklärt Steffen Dittes bei der Kundgebung von ver.di und DGB in Erfurt.

Die arbeitspolitische Sprecherin Lena Saniye Güngör war beim Streik in Jena vertreten und betonte: „Die Verkehrswende kann nur mit euch, den Beschäftigten gelingen. Deshalb danke, dass ihr heute hier vertreten seid.“



#GleichGut

In unserer öffentlichen Fraktionssitzung in Ilmenau unter dem Motto „Wohnen. Überall gleich gut“ unterstrich die Fraktion das Ziel gleicher Chancen auf bezahlbaren und qualitativ hochwertigen Wohnraum.

Die Zusammenfassung finden Sie online: www.die-linke-thl.de

www.die-linke-thl.de

[linke_thl](https://www.instagram.com/linke_thl)

[Linke_Thl](https://www.facebook.com/Linke_Thl)

[@LinkeThl](https://www.youtube.com/@LinkeThl)

Impressum

Herausgeberin:
Fraktion DIE LINKE, im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

Redaktion: Lisa Hilpert
V.i.S.d.P.: Olaf Weichler

Telefon: 0361 377-2620
E-Mail: weichler@die-linke-thl.de

Web: www.die-linke-thl.de
Redaktionsschluss: 29. Februar 2024



Vorwort

Steffen Dittes, Fraktionsvorsitzender der Fraktion Die Linke

Die Tatsache, dass die Bundesregierung - auch mit Unterstützung der CDU - in eine neue Welle der militärischen Aufrüstung investiert, bei der das 100-Milliarden-Euro-Paket für die Bundeswehr nur ein erster Schritt sein soll, ist in höchstem Maße besorgniserregend.

Sicher, ein schnelles Ende des von Russland zu verantwortenden Krieges in der Ukraine scheint derzeit schwer vorstellbar und der Weg dorthin unbekannt. Aber genau diesen Weg mit aller Kraft und diplomatischer Beweglichkeit zu suchen und Schritt für Schritt zu beschreiten, ist Verantwortung und Aufgabe der Politik. Stattdessen begeben sich die Staaten mit immer größerer Geschwindigkeit in die Spirale der militärischen Logik, nach der ein Krieg nur mit immer mehr und immer besseren Waffen und immer mehr Soldaten beendet werden kann. Die dabei in Kauf genommenen Toten und zerstörten Lebensräume werden mit den unbestrittenen Werten von Demokratie und Freiheit gerechtfertigt, die es zu verteidigen gelte. Wie grenzenlos sich diese Spirale zu entwickeln droht, zeigt sich, wenn der französische Präsident - derzeit

noch auf deutlichen Widerspruch stoßend - bereits über Bodentruppen einzelner NATO-Staaten in der Ukraine nachdenkt. Die Logik, der Macron dabei folgt, ist offensichtlich. Wenn die Ukraine „unsere Werte“ verteidigt, warum sollte man ihr diese Verteidigung allein überlassen und nicht „uns“ selbst. Die Folgen wären verheerend, ein neuer Weltkrieg droht. Wie bereit einzelne Politiker:innen bereits sind, einen anderen Wert, den des Sozialstaates, zu opfern, um den gefährlichen Weg der militärischen Spirale zu beschreiten, zeigt der Vorschlag von Bundesfinanzminister Lindner, durch ein Moratorium bei Sozialausgaben und Subventionen Investitionen in das Militär zu ermöglichen. Gleichzeitig fordert er Steuersenkungen für die Wirtschaft. Ersteres hätte zur Folge, dass ein wirksamer Schutz vor Armut nicht mehr gegeben wäre. Letzteres würde die Möglichkeiten, in Bildung oder Gesundheit zu investieren, weiter einschränken.

Wem das beschriebene Szenario der sich abzeichnenden Realität zu düster erscheint, der sollte es nicht ignorieren, sondern wie DIE LINKE über Frieden und soziale Gerechtigkeit reden. Als gesellschaftliche Bewegung wäre das eine Zeitenwende, wie sie notwendig ist.



„Das Ziel ist der Friede“

Erklärung zum 24. Februar 2024

Erklärung der Landesvorsitzenden der Partei Die Linke Thüringen, Ulrike Grosse-Röthig und Christian Schafft, sowie des Vorsitzenden der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag, Stefan Dittes, anlässlich des 24. Februar 2024:

Für uns gilt unverändert, was die Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag am 24. Februar 2022 erklärt hat: „Der Angriff Russlands auf die Ukraine ist und bleibt ein in jeder Hinsicht illegitimer Akt der Aggression, der zeigt, zu welchen Konsequenzen Nationalismus und imperiales Großmachtdenken immer führen. Mit dieser militärischen und völkerrechtswidrigen Eskalation hat in Europa ein Krieg von seit Jahrzehnten kaum vorstellbarem Ausmaß begonnen, dessen Folgen unabsehbar sind. Unsere Solidarität und Unterstützung gilt all jenen, die sich - auch und gerade in Russland - für ein sofortiges Ende der Aggression und für Frieden einsetzen“. Diese Unterstützung brauchen vor allem die demokratischen und zivilgesellschaftlichen Kräfte in Russland, die sich für freie Wahlen, Menschenrechte und ein demokratisches System einsetzen, sowie diejenigen, denen als Deserteur:innen und Militärdienstverweigernden Verfolgung droht. Dass zwei Jahre nach Kriegsbeginn die Zahl der anerkan-

ten Asylbewerber, die sich dem Krieg und dem Militärdienst entziehen wollen, trotz vieler bundespolitischer Bekenntnisse so gering ist, ist ein fatales Zeichen. Zwei Jahre nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine droht der Konflikt zu einem permanenten Stellungskrieg zu werden, der von der ständigen Bedrohung durch Drohnen- und Raketenangriffe geprägt ist. Das Leid der Menschen in der Ukraine geht weiter. Jeder weitere Kriegstag bedeutet Tod und Zerstörung. Jeder Schritt der internationalen Politik muss darauf ausgerichtet sein, den Krieg durch einen sofortigen Waffenstillstand zu beenden. Stattdessen erleben wir eine Spirale der Militarisierung und Aufrüstung.

Unstreitig trägt Russland die Verantwortung, die nicht durch Verweis auf außenpolitisch, ökonomisch und strategisch falsche Entscheidungen Dritter in der Vergangenheit relativiert werden kann. Es ist Putin, der in der Lage ist, mit nur einem Befehl diesen Krieg zu beenden. Daraus zu schlussfolgern, dass die Bundesrepublik und die Europäische Union aber keine Verantwortung für jeden nur denkbaren diplomatischen Versuch, den Krieg zu beenden, tragen, ist ein gefährlicher Trugschluss. „Der Gegenstand und das Ziel der Politik ist der Friede“, formulierte 1961 der Politikwissenschaftler Dolf Sternberger. Die daraus für Politikerinnen und Politiker erwachsende Verantwortung muss in der Bundesrepublik und in Europa sichtbar werden.

Personalschlüssel in Thüringer Kindergärten

Daniel Reinhardt

Sprecher für frühkindliche Bildung

Im Petitions Ausschuss wird Ende Februar die Petition zur Verbesserung des Personalschlüssels in Thüringer Kindergärten anhören. Dazu erklärt Daniel Reinhardt, Sprecher für frühkindliche Bildung der Fraktion Die Linke und Mitglied im Petitionsausschuss: Unser Dank gilt dem Bündnis für einen besseren Personalschlüssel in Thüringer Kindergärten“, das öffentlichen Druck aufgebaut hat, damit der Personalschlüssel in Thüringen endlich verbessert wird. Die Pressemitteilung des Abgeordneten Tischner zeigt einmal mehr, wie blank die CDU im Kindergartenbereich ist. Außer inhaltsleeren Briefen an die Kindergärten legt sie nichts Verwertbares auf den Tisch. Der Abgeordnete Tischner scheint nicht zu wissen, dass es für die angestrebte Änderung des Personalschlüssels entweder einen eigenen Gesetzentwurf oder einen Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der Koalition geben muss.“

„Leider fehlt bisher die parlamentarische Mehrheit für unsere Initiative und die CDU-Fraktion hat sich der bildungs- und sozialpolitisch wichtigen Debatte entzogen und stattdessen mit einer haushaltslosen Zeit gedroht. Gleichzeitig hat sie mit FDP und AfD die Senkung der Grunderwerbsteuer durchgesetzt und die globale Minderausgabe zur Bedingung für ihre Enthaltung bei der Haushaltsabstimmung gemacht. Mit diesen 190 Millionen Euro hätte man Bildungsqualität, Personalschlüssel und Beitragsfreiheit finanzieren können“, so der Abgeordnete.

Offener Brief an die Abgeordneten des Thüringer Landtags

Vom Bündnis „Thüringen braucht die Verfassungsreform. Jetzt!“

Zur Vorgeschichte

Alle Bündnisorganisationen waren als Anzuhörende (zu verschiedenen Themen und Gesetzentwürfen) im Verfassungsausschuss und haben sich argumentativ und teilweise mit eigenen Formulierungsvorschlägen an der Sachdebatte beteiligt. Sie setzen starke positive Erwartungen in die Arbeit und die inhaltlichen Ergebnisse der Verfassungskommission. Denn nicht zuletzt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimagesetz des Bundes hat sehr eindrucksvoll bestätigt, welche starke rechtliche und damit gesellschaftspolitische Gestaltungswirkung Staatsziele in einer Verfassung entfalten. Das gilt auch für die

Staatsziele wie Förderung, Ehrenamt, Nachhaltigkeit oder Stärkung der Umsetzung der UN-Menschenrechtspakte in Thüringen (z. B. UN-Abkommen über die Rechte von Kindern, über die Rechte von Menschen mit Behinderungen gegen jede Form der Diskriminierung usw.), die derzeit zur Beratung im Verfassungsausschuss liegen, auch die Fortsetzung der Reformen im Bereich der direkten Demokratie steht mit konkreten Vorschlägen zur Debatte. Als auch für die Öffentlichkeit immer deutlicher wurde, dass die Arbeitsprozesse im Verfassungsausschuss ins Stocken geraten waren, haben sich die Organisationen und Verbände aus Thüringen zu einem Netzwerk zusammengeschlossen und zunächst informell versucht, auf die Landtagsfraktionen einzuwirken.

Hier vor allem auf die CDU-Fraktion, da für eine Verfassungsänderung eine Zweidrittelmehrheit im Landtag notwendig ist, die die regierungstragenden Fraktionen selbst nicht herstellen können. Da diese direkten „niedrigschwiligen“ Aktivitäten nicht von allen Fraktionen entsprechend aufgegriffen wurden, hat sich das Netzwerk bzw. seine Mitgliedsorganisationen entschlossen, sowohl mit einem offenen Brief als auch mit einer Online-Themenkampagne öffentlich aktiv zu werden.

In der nächsten Zeit soll es darüber hinaus eine Veranstaltung geben. Ziel ist, dass die im Forderungskatalog des Offenen Briefs beschriebene umfassende inhaltliche Verfassungsreform noch vor Ende der 7. Wahlperiode vom Landtag beschlossen wird.

Offener Brief an die Abgeordneten des Thüringer Landtags Thüringen braucht die Verfassungsreform. Jetzt!

20. Februar 2024

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

seit mehreren Jahren wird von den Mitgliedern des Thüringer Verfassungsausschuss unter breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft eine Verfassungsmodernisierung vorbereitet. Allerdings stockt seit einigen Monaten der Prozess, trotz einer bereits zu vielen der unten aufgeführten Punkten erzielten Einigung, und es scheint völlig offen zu sein, ob die Reform bis zur Landtagswahl überhaupt noch beschlossen wird.

Als Organisationen, die die Verfassungsreform aktiv begleitet haben, fordern wir Sie auf, die Reform in dieser Legislatur zu einem erfolgreichen Ende zu bringen.

Es geht um folgende Punkte:

- Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse
- Prinzip Nachhaltigkeit
- Sicherung der Finanzausstattung der Kommunen
- Schutz und Förderung des Ehrenamtes
- Ausbau direkter Demokratie
- Verbot der Altersdiskriminierung
- Ausbau der Inklusion behinderter Menschen
- Umfassende Umsetzung der Menschenrechtspakte in Thüringen
- Stärkung des Europabezuges
- Elektronische Verkündung von Gesetzen und Verordnungen

Wir appellieren eindringlich an die Parteien, nicht jetzt schon in den Wahlkampfmodus zu schalten, sondern sich zu einigen und das Reformpaket auf den Weg bringen. Diese Verfassungsreform wird von vielen Hoffnungen begleitet und beinhaltet wichtige Pfeiler der künftigen Entwicklung des Landes, über die ein breiter Konsens besteht, die aber einer Sicherung bedürfen. Werden diese Hoffnungen getauscht, wird das Vertrauen in die Demokratie weiter geschwächt. Was wir brauchen sind jedoch Beispiele dafür, dass die demokratischen Kräfte für das Land und seine Bürgerinnen und Bürger zusammenstehen. Die Verfassungsreform wäre dafür

2

ein Beispiel. Sie scheitern zu lassen, arbeitet nur denen in die Hände, die unsere Demokratie geringachten. Noch ist Zeit, ein kräftiges demokratisches Zeichen zu setzen.

Bitte tun Sie es.

Mit freundlichen Grüßen,
für das Bündnis


Josef Ahlke


Hans-Peter Perschke


Matthias Gather


Ralf-Uwe Beck

Zu dem Bündnis gehören:

AWO Landesverband Thüringen e. V.
BUND – Landesverband Thüringen e. V.
Bürgermeisterdialog zur nachhaltigen Kommunalentwicklung in Thüringen
BürgerStiftung Erfurt
Der Kinderschutzbund – Landesverband Thüringen e. V.
Der Paritätische Wohlfahrtsverband (Der Paritätische) Landesverband Thüringen e. V.
DGB Bezirk Hessen-Thüringen
Eine Welt Netzwerk Thüringen e. V.
Grüne Liga Thüringen e. V.
Kulturrat Thüringen e. V.
Landesfrauenrat Thüringen e. V.
Landessportbund Thüringen e. V.
Landesseniorenrat Thüringen
Liga der freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V.
Mehr Demokratie e. V. – Landesverband Thüringen
NABU – Landesverband Thüringen e. V.
tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V.
Thüringer Ehrenamtsstiftung
Thüringer Feuerwehrverband e. V.
Thüringer Nachhaltigkeitsbeirat
Zukunftsfähiges Thüringen e. V.

c/o Zukunftsfähiges Thüringen e.V., Kowo Haus der Vereine, Johannesstraße 2, 99084 Erfurt.
Josef.Ahlke@zukunftsfahiges-thueringen.de | 0175-4003309

Unsere Antwort



Antwort der Fraktion Die Linke zum Offenen Brief des Bündnisses

i. A. Anja Müller

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe im Netzwerk „Verfassungsreform in Thüringen. Jetzt“-Engagierte,

vielen Dank für Ihren Offenen Brief sowie ganz generell für Ihr intensives Engagement in Sachen Verfassungsreform in Thüringen. Wir als Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag freuen uns sehr, dass sie sich in einem thematisch und gesellschaftspolitisch breit gefächerten thüringenweiten Netzwerk zusammengefunden haben, um die Umsetzung einer umfassenden Verfassungsreform voranzubringen. Das ist demokratisches zivilgesellschaftliches Engagement im besten Sinne, um parlamentarischen Stillstand zu beenden und wichtige parlamentarische Vorhaben wieder in Bewegung zu bringen. Ein solcher Stillstand besteht derzeit ja leider mit Blick auf die Themen bzw. die Arbeit des Verfassungsausschusses im Thüringer Landtag – wie Sie in ihrem Brief ja zurecht kritisch anmerken. Als im

Verfassungsausschuss angehörte Verbände und Organisationen, die die von Ihnen benannten Themen deutlich befürworten und durch Ihre Stellungnahmen und Vorschläge der inhaltlichen Arbeit im Ausschuss wichtige Impulse gegeben haben, haben ein Recht darauf, dass der Verfassungsausschuss mit diesen Inhalten auch zu sinnvollen und handfesten Arbeitsergebnissen kommt – in Form konkreter Verfassungsänderungen. Solche inhaltlichen Fortschritte wären für die Wirksamkeit und Akzeptanz der mittlerweile 30 Jahre alten Verfassung sehr gut. Bei der Fraktion Die Linke laufen Sie mit Ihrem Brief und Ihren darin aufgeschlüsselten inhaltlichen Forderungen offene Thüringen ein. Alle von Ihnen im Forderungskatalog genannten Themen sind für die Linksfraktion schon seit Jahrzehnten wichtige Anliegen, die sich auch in den von den Regierungsfractionen eingereichten Gesetzentwürfen bzw. in früheren parlamentarischen Initiativen der Fraktion Die Linke finden – auch mit noch konkreten Umsetzungsvorschlägen. Hinsichtlich des Teilpunktes Demokratie sei noch angemerkt, dass auf Seiten von Die Linke über die im Gesetzentwurf der Koalition zum Ausbau der Demokratie enthaltenen Themen auch – schon seit dem ersten Vorstoß der CDU-Fraktion in der 6. Wahlperiode – die Bereitschaft besteht, mit der CDU-Fraktion weiter und ernsthaft über die Einführung des fakultativen Referendums zu verhandeln. Auch wenn – und das haben auch die Ergebnisse der Anhörung im Verfassungsausschuss gezeigt – die von der CDU-Fraktion in der laufenden Wahlperiode dazu vorgelegten Regelungsvorschläge noch erheblich verbesserungsbedürftig sind.

Wir möchten uns als Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag auf diesem Weg nochmals für Ihr Engagement und die Unterstützung einer umfassenden Verfassungsreform bedanken – auch mit Blick auf die von Ihnen in den Themenkatalog aufgenommenen Einzelthe-

men. Bei diesen Themen besteht der „logistische Vorteil“, dass es – mit Ausnahme des Themenfeldes Demokratie – schon in Auswertung von Anhörungen abstimmungsfähige Anträge gibt, die auch mittels Beschlussempfehlung dem Plenum zur abschließenden Abstimmung vorgelegt werden können. Allerdings kann beim Demokratie-Thema der „Reformfaden“ einer schon im Jahr 2003 in einem ersten Schritt erfolgreichen Reform der direkten Demokratie auf Landesebene wieder aufgenommen werden. Wir hätten uns als zwar auch über die Aufnahme des Staatsziels Antirassismus und Antifaschismus und den Punkt Stärkung der Kinderrechte in den Forderungskatalog gewünscht, können aber Ihre Entscheidung nachvollziehen, dass sie sich als Netzwerk auf die im Brief genannten Themen konzentrieren. Hinzu kommt, dass die beiden eben genannten zusätzlichen Themenpunkte eigentlich auch schon über den Punkt Stärkung Umsetzung Menschenrechtspakte in Thüringen mitabgedeckt sind.

Ausgehend von Ihrem Offenen Brief möchten wir Ihnen einen intensiveren Informations- und Meinungsaustausch anbieten – auch zum Thema weitere konkrete Schritte zur wirksamen praktischen Umsetzung der angestrebten Verfassungsänderungen. Wie Sie sicherlich wissen fordert die LINKE-Fraktion seit vielen Jahren ein Ehrenamtsfördergesetz für Thüringen – und zwar eines mit deutlich konkret unterstützenden Inhalten, als der von der CDU-Fraktion vorgelegte Gesetzentwurf enthält. Aber z.B. auch für das neue Staatsziel Nachhaltig stehen dann noch die Arbeiten für weitere konkrete Umsetzungsschritte in die Thüringer Praxis an. Für Rückfragen und weitere Informationen stehen wir gerne zur Verfügung. Über eine positive Antwort auf unser Gesprächsangebot würden wir uns sehr freuen. Mit freundlichen Grüßen, Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag“

Für sozialen Zusammenhalt und Armutsprävention in Thüringen

Thematischer Fokus in der Fraktionssitzung von Die Linke

Die Linke Fraktion im Thüringer Landtag Prof. Dr. Jörg Fischer, den Leiter des Institutes für kommunale Planung und Entwicklung (kurz: IKPE) Ende Februar in ihrer Fraktionssitzung ein. Das Institut ist ein gemeinnütziger Verein, dessen Zielsetzungen darin bestehen, sich für ein abgestimmtes Miteinander von kommunaler Planung und Entwicklung einzusetzen. Es entwickelte sich aus einer langjährigen Kooperation zwischen Vertreterinnen und Vertretern der Thüringer Kommunen, der Ministerien und der Wissenschaft. Als An-Institut ist das IKPE direkt an die Fachhochschule Erfurt angebunden. Aktuelle Erkenntnisse aus der Forschung fließen kontinuierlich in die Arbeit des Instituts ein.

Anhand aktueller wissenschaftlicher Erhebungen sprachen die Abgeordneten über die Armutsprävention in Thüringen. „Ich freue mich, dass wir Prof. Dr. Jörg Fischer als Gast begrüßen durften. Armut in alten und neuen Formen ist in Thüringen leider für zu viele Menschen bittere Begleitung des Alltags. Die Armutsquote ist in den letzten Jahren wei-

ter angestiegen. Laut Paritätischem Armutsbericht (2022) liegt sie bei 19 Prozent, damit ist fast jede und jeder Fünfte in Thüringen von Armut bedroht. Armut hat Benachteiligungen und eingeschränkte Teilhabemöglichkeiten zur Folge und wirkt sich besonders negativ auf die Entwicklung und die Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen aus“, erklärt die sozialpolitische Sprecherin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende Karola Stange. Prof. Dr. Fischer wies in der Sitzung darauf hin: „Wer einmal arm ist, kommt immer schwerer aus der Armutsspirale heraus.“ Er appellierte an die Fraktion, die Präventionsvorsorge nicht nur an diejenigen zu richten, die offen mit ihrer Armut umgehen. Die sogenannte „verdeckte Armut“ hätten Politik und Gesellschaft oft nur unzureichend im Blick. Meist seien dies Menschen, die alles dafür tun, ihre Armut nach außen zu verbergen.

Karola Stange warf noch einen Blick auf die Bundesebene: „Mit Projekten wie dem deutschlandweit einzigartigen Landesprogramm Solidarisches Zusammenleben und

den Thüringer Präventionsketten verfügt Thüringen bereits über Mittel, die gegen Armut vorbeugen und diese bekämpfen sollen. Doch gerade mit Blick auf die Armut von Kindern und Jugendlichen sind wir auf Landesebene nur beschränkt in der Lage, diese Armut zu beenden. Es ist die Ampelkoalition in Berlin, die endlich ein schlüssiges und ausfinanziertes Konzept vorlegen muss.“

Mit Blick auf Bundesregierung stellt die Abgeordnete jedoch fest: „Die Ampelkoalition im Bund versagt bei der Bekämpfung von Armut. Schlimmer noch: Wir beobachten das Ausbleiben von angekündigten Leistungen wie der Kindergrundsicherung und der Ankündigung eines Moratoriums für Sozialausgaben, um die Kosten für Rüstungsprojekte zu decken. Statt sich an Rüstungsmilliarden und Schuldenbremse festzuklammern, braucht es eine umfassende Kindergrundsicherung. Denn dass deutschlandweit ein Viertel der Kinder und Jugendlichen in Armut aufwachsen, ist eine Schande für unseren Sozialstaat“, unterstreicht die Abgeordnete abschließend.



Prof. Dr. Jörg Fischer, Leiter des Institutes für kommunale Planung und Entwicklung in der Sitzung der Fraktion Die Linke appellierte er, auch „verdeckte Armut“ zu berücksichtigen



Weniger Auto, besserer Nahverkehr

Themen: Fahrgastbefragung zum „Eisenbahnfahrplan 2025“ und „Autofasten 2024“

Fahrgastbefragung

In der Zeit vom 14. Februar bis 4. März hatten Fahrgastverbände, interessierte Fahrgäste, Vereine und Bahnverbände wieder die Möglichkeit, dem Landesamt für Bau und Verkehr des Freistaates Thüringen Hinweise und Anregungen für den neuen Fahrplan, der am 15. Dezember dieses Jahres in Kraft tritt, zu geben. Diese Form der Öffentlichkeitsbeteiligung und Fahrgastbefragung über drei Wochen findet nicht in allen Bundesländern statt. Die Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag begrüßt daher diese Form der Mitsprache und Bürgerbeteiligung. Auch wenn nicht in jedem Fall die Anregungen umgesetzt werden können, so werden doch aufkommende Probleme der Fahrgäste und Nutzer sichtbar und können in vielen Fäl-

len in die Nahverkehrsplanung der nächsten Jahre einfließen.

Autofasten

Von Aschermittwoch (14. Februar) bis Karsamstag (30. März) findet das alljährliche Autofasten statt. Es soll zum Nachdenken über das eigene Mobilitätsverhalten anregen. Solche Aktionen sind wichtige Bausteine, um das Bewusstsein zu schärfen, das eigene Auto auch einmal stehen zu lassen und im Alltag mit öffentlichen Verkehrsmitteln, dem Fahrrad oder auch Carsharing unterwegs zu sein. „Ich beteilige mich seit vielen Jahren an dieser Aktion und nütze die speziellen Angebote der Verkehrsbetriebe zur Fastenzeit“, erklärt Gudrun Lukin, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke.

Ohne den Ausbau und die massive Stärkung des ÖPNV-Angebots kann

die Wende zu einer sozialen und klimafreundlichen Mobilität nicht gelingen. Wichtige Voraussetzungen für einen starken ÖPNV sind eine ausreichende öffentliche Finanzierung und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Deshalb begrüßt die Fraktion die vielfältigen Angebote von Verkehrsunternehmen, Initiativen, Verbänden und Unternehmen, die dazu einladen sollen, zumindest im Aktionszeitraum „Autofasten“ verstärkt Bus und Bahn zu nutzen oder einmal mehr auf das Fahrrad umzusteigen.



Näheres zum Thema Autofasten zu finden unter:
www.autofasten-thueringen.de



Susanna Karawanskij, Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft ruft im Schwarzwald zum „Autofasten 2024“ auf



Der Arbeitskreis Bildung, Jugend und Sport beim Besuch der Regelschule Heinrich Hertz in Ilmenau
Vlnr: Sarah Schwarz, Kati Engel, Torsten Wolf und Daniel Reinhardt, Foto: Steffen Kachel

Im Austausch mit den Bildungsstätten

Arbeitskreises Bildung, Jugend, Sport zu Besuch in Ilmenauer Bildungseinrichtungen

Ende Februar besuchten mehrere Abgeordnete und Mitarbeitende des Arbeitskreises Bildung Jugend Sport mehrere Bildungseinrichtungen in Ilmenau.

Erste Station war die Heinrich-Hertz-Schule, wo es zu einem angeregten Gespräch mit der Schulleitung sowie mit Vertreterinnen des Kollegiums und der Eltern- und Schülervertretung kam. Hier konnten sich die Abgeordneten überzeugen, dass die Ansätze des Schulgesetzentwurfes von Die Linke, SPD und Bündnis90/ Die Grünen, richtig sind und in der Praxis dringend gebraucht werden. Der Gesetzentwurf liegt jedoch schon seit zwei Jahren im Bildungsausschuss und kommt aufgrund der Haltung von CDU und FDP nicht voran. Dabei wären die Ausweitung der Schulsozialarbeit, für die verstärkte Praxisorientierung oder aber der Ausbau der pädagogischen Assistenzen sehr wichtig für eine Weiterentwicklung des Schulsystems.

Die Berichte der Schüler:innen und der Lehrer:innen zeigten den anwesenden Abgeordneten auch, dass

sich der Ausbau der digitalen Infrastruktur deutlich beschleunigen muss. Die Abgeordneten versicherten vor Ort dies weiterhin engagiert zu unterstützen, denn in einem Zustand, in der einer Klasse permanent die Internetverbindung aussteigt, ist moderner Unterricht nur schwer umzusetzen.

Ressourcen für gute Kindertagesstätten

Interessante Einblicke erlebten die Abgeordneten und Mitarbeiter:innen auch beim Besuch einer kommunalen Kindertagesstätte in Langwieschen. Die gut ausgestattete und baulich sehr helle und schöne Einrichtung bietet mehr als 150 Kindern optimale Möglichkeiten, sich gemeinsam mit Gleichaltrigen zu entwickeln. Die besprochenen Themen gingen vom Tagesablauf über die Anwendung des Thüringer Bildungsplans bis hin zur Einbeziehung der Eltern. Sozial gehaltene Essenbeiträge, das Ausgehen von den Interessen der Kinder, ein gutes pädagogisches Niveau und viel Bewegung für die Kleinen sind Ziele der Einrichtung. Einigkeit gab es mit der Einrich-

tungsleitung und den kommunalen Verantwortungsträgern, dass der absehbare Rückgang der Kinderzahlen in den nächsten Jahren für qualitative Maßnahmen genutzt werden muss - mehr Raum und mehr pädagogisches Personal pro Kinderzahl, auch wenn dies Geld kostet. Die Vertreter:innen der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag konnten auch deshalb Rückenwind mitnehmen für die Bestrebungen, noch in dieser Legislatur die Betreuungsschlüssel ein weiteres Mal zu verbessern und auch die Eltern von Gebühren zu entlasten.

Wichtiger Austausch mit den Akteuren vor Ort

Der Arbeitskreis Bildung, Jugend und Sport ist positiv aus der Terminreihe in Ilmenau rausgegangen und stellt erneut fest: Der Austausch mit den Bildungsakteuren ist entscheidend für eine Weiterentwicklung. Es bleibt zu hoffen, dass die gegenwärtig laufenden Bemühungen Früchte tragen und im Bildungsausschuss CDU und FDP wenigstens für einige Verbesserungsmaßnahmen zu gewinnen sind.



Ein Jahr Bürgergeld in Deutschland

Zwischenbilanz bei Veranstaltung der Fraktion Die Linke

Ende Februar fand die Veranstaltung „Das Bürgergeld aus linker Perspektive“ mit Harald Thomé im Haus Dacheröden in Erfurt statt. Thomé bietet juristische Fortbildungen und Vorträge zum Arbeitslosen- und Sozialrecht, insbesondere zur „Grundsicherung für Arbeitssuchende“, jetzt „Bürgergeld“, sowie dem allgemeinen Sozialverwaltungsrecht an. Für die Veranstaltung im Haus Dacheröden war er mit Karola Stange, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag

im Gespräch. Gemeinsam zogen sie eine erste Zwischenbilanz.

Beide stellten zu Beginn bereits fest, eine Abkehr von Hartz IV ist nicht erreicht. Weiterhin dominierten Druck und Repressionen im Umgang mit Bürgergeldempfänger:innen. Aktuell werden die kleinen Besserungen, wie den Fokus auf Weiterbildung, die mit der Bürgergeld-Reform einhergingen von politischen Diskursen angegriffen. Sie nährten die Falschaussagen über das Bürgergeld und tragen zum

weiterhin schlechten Ansehen bei. „Es braucht endlich ein sanktionsfreies Bürgergeld und die Achtung der Menschenwürde durch einen respektvollen Umgang, ohne Druck und Repression“, forderte die Abgeordnete Stange im Rahmen der Veranstaltung.



Für Beratung steht Thomé bereit. Alle Infos finden Sie unter: www.harald-thome.de/start.html



Karola Stange, Sozialpolitische Sprecherin leitete das Thema ein
Ebenso vertreten aus der Fraktion waren Steffen Dittes und Ralf Plötner



Spannder Input zum Thema Bürgergeld im Haus Dacheröden Erfurt
Harald Thomé war als Experte zum Thema eingeladen

Gemeinsam für eine Faire Landwirtschaft

Die Linke für eine gentechnikfreie Landwirtschaft und Imkerei

Die mit der Klimakrise zunehmenden Wetterextreme wie Starkniederschläge, Dürreperioden, Stürme und Hagel machen auch eine Anpassung der landwirtschaftlichen Produktion notwendig, sollen die Erträge auch in Zukunft einigermaßen stabil bleiben.

Grüne Gentechnik worum geht es?

Um eine Reduktion der Inputs (Mineraldünger, Pflanzenschutzmittel) zu erreichen, die Anpassungsfähigkeit der Landwirtschaft zu gewährleisten und die Erträge pro Fläche zu steigern, setzen weite Teile der Politik auf technische Innovationen. Neben technisch gestützten Systemen wie dem „Präzisen Bearbeiten“ und der Digitalisierung werden vor allem die neuen gentechnischen Verfahren als Lösung präsentiert.

Neue Gentechniken, wie z. B. die CRISPR/Cas genannten Verfahren können tief in das Erbgut lebender Organismen eingreifen und dieses grundlegend verändern. So können mehrere Gene in demselben Organismus gleichzeitig oder nacheinander manipuliert werden. Mit dieser neuen Dimension der Eingriffstiefe ins Genom sind große Risiken für Mensch, Tier und Umwelt verbunden. Gentechnik erlöst uns nicht von

weltweiten Ernährungsproblemen. Für den Hunger sind eine ungerechte Verteilung von Reichtum, Kriege und unfairen Welthandel verantwortlich. Der Umwelt- und Gesundheitsausschuss des Europäischen Parlaments hat gegen die bisherige bewährte Gentechnik-Regulierung, also gegen Kennzeichnung, Risikoprüfung und Koexistenzregeln für die meisten neuen Gentechnik-Pflanzen votiert.

Kennzeichnung bedeutet:

Die Sicherung von Wahlfreiheit und Transparenz für Verbraucher:innen, Bäuer:innen, Imker:innen, Züchter:innen, Saatguterzeugung, Lebensmittelunternehmen und Handel und die Aufrechterhaltung von Kennzeichnung, Rückverfolgbarkeit und Haftung für Gentechnik-Produkte.

Risikoprüfung bedeutet:

Auch für mit neuen Gentechniken veränderte Organismen müssen weiterhin Zulassungsverfahren mit umfassender Risikoprüfung gelten. Gemäß dem Vorsorgeprinzip müssen dabei die technologiebedingten Risiken bewertet werden.

Koexistenzregel bedeutet:

Das Nebeneinander von genveränderten Pflanzen und herkömmlicher Züchtung auf den Äckern, ohne dass Verunreinigungen auftreten.

Das EU-Parlament hat kürzlich seine Position zur Neuregelung der sogenannten „Neuen Gentechnik“ abgestimmt. Der Gesetzesvorschlag

ist gesellschaftlich höchst umstritten und wurde maßgeblich von der konservativen Fraktion vorangetrieben. Bei der Plenarabstimmung gab es bei zwei zentralen Elementen des Gesetzes - Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit - überraschend einen Abstimmungsgewinn für die von den Grünen und den Sozialisten vorgebrachten Änderungsanträge.

**„Grüne
Gentechnik“
- mehr zum
Thema auf
unserer
Website**

www.die-linke-thl.de



Unsere Position zur Grünen Gentechnik

Warum ist Gentechnik im alten wie neuen Gewand keine Lösung?

Landwirtschaftliche Betriebe stehen unter Druck, ihre Erträge zu steigern, entweder durch Flächenwachstum oder den Einsatz ertragssteigernder Technologien wie gentechnisch veränderter Pflanzen. Frühzeitige Nutzung solcher Innovationen verschafft einen vorübergehenden Vorteil, doch langfristig überleben nur Betriebe, die ständig Innovationen umsetzen oder wachsen.

Die Mitgliedstaaten der EU hätten aufgrund der Verordnung, die unmittelbar Gültigkeit erlangt, keine nationalen Regelungsmöglichkeiten mehr. Die Koexistenz der konventionellen, biologischen oder gentechnikfreien Land- und Lebensmittelwirtschaft ist nicht mehr gesichert, wie bisher durch ein im deutschen Recht verankertes Verbot. Deshalb lehnen wir Gentechnik in altem und neuem Gewand ab!

Die Linke setzt sich für eine gentechnikfreie Landwirtschaft und Imkerei ein. Dazu müssen der Anbau und die Verarbeitung von gentechnisch veränderten Pflanzen in der EU verboten werden, bzw. in Deutschland bleiben.

Solange für das weitgehende Verbot keine Mehrheiten zustande kommen, vertritt die Fraktion Die Linke folgende Positionen:

- Stärkung der gentechnikfreien Regionen und Initiativen.
- Das EU-Zulassungsverfahren muss transparent sein. Ökologische und sozio-ökonomische Kriterien sind einzubeziehen.
- Das Anbauverbot von gentechnisch veränderten Pflanzen muss in Deutschland Bestand haben. Freisetzungsanträge zu Forschungszwecken im Freiland sind zu versagen.
- Die „Nulltoleranz“ darf nicht aufgeweicht werden. Jegliche Verunreinigung mit einem nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Organismus muss zur Vernichtung der Ware führen.
- Für Schäden durch die Gentechnik sollen nicht nur Landwirt:innen, sondern auch die Hersteller haften. Es gilt das Verursacherprinzip. Das Gentechnikgesetz muss die gentechnikfreie Landwirtschaft und Imkerei wirksam vor Verunreinigungen schützen. Es muss genauso wie die Gentechnik-Pflanzenerzeugungsverordnung verschärft werden.
- Die Ohne-Gentechnik-Kennzeichnung muss gestärkt und weiterentwickelt werden.
- Forschung zu Nachweismethoden für Neue Züchtungstechniken müssen gefördert werden. Eine transparente Kennzeichnung entlang des Prozesses muss das Ziel sein.



Mehr Infos unter: <https://www.linksfraktion.de/presse/pressemitteilungen/detail/auch-neue-gentechnik-ist-gentechnik/>

Thüringen Ausstellung 2024

Die Fraktion Die Linke vor Ort

Vom 24. Februar bis 3. März öffnete die diesjährige Thüringen Ausstellung in der Messehalle Erfurt ihre Tore. Die Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag war mit einem eigenen Stand vertreten. Die Abgeordneten und Mitarbeiter:innen nutzten die Gelegenheit um mit Besucher:innen und Besuchern ins Gespräch zu kommen. Am Stand fragten einige interessierte zur aktuellen politischen

Situation und den Inhalten der Fraktion Die Linke. „Wir haben die Gelegenheit genutzt, uns mit den Gästen der Thüringen Ausstellung darüber auszutauschen, wie wir Thüringen in den kommenden Jahren gestalten wollen - sozial gerecht, ökologisch nachhaltig und demokratisch“, berichtet Steffen Dittes, Fraktionsvorsitzender. Am Eröffnungstag eröffnete Landtagspräsidentin Birgit Keller

die Messe feierlich, ebenso war auch Bodo Ramelow vor Ort und besuchte den Stand der Fraktion.

Die Fraktion Die Linke dankt sich für den Austausch und die vielen guten Gespräche mit den Besucher:innen und Besuchern. Dies zeigt uns immer wieder, wie wichtig es ist auch bei der Thüringen Ausstellung die Gelegenheit zu nutzen und vor Ort zu sein.

